

Freie Presse

Nr. 56

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

3. Jahrgang

Polens Antwort an Rußland.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat in zwei Sitzungen die Antwort Polens auf das Friedensangebot der Sowjetregierung verabschiedet und erklärt, daß das Angebot zwar nicht abgelehnt wird, weil Polen keinen Grobkrieg führe, daß aber die russische Regierung auf den Gegenvorschlag eingehen soll, wonach die Obergerade Polens unumkehrlich und dauernd im Einverständnis mit der britischen Bevölkerung festzulegen seien und daß die Bevölkerung jener Gebiete, die jenseits der gegenwärtigen Verwaltungsgrenze Polens liegen und vor dem Jahre 1772 zu Polen gehört haben, die Möglichkeit besitzt, sich hinsichtlich ihrer staatlichen Zugehörigkeit frei auszusprechen.

Dieser Passus in der Antwort auf die russische Friedensnote gibt zu Bedenken Anlaß. Noch bevor der Wortlaut der Antwort bekannt gegeben wurde, besaß die polnische Presse mit der Frage der Obergeraden Polens. Der „Kurier“, das Parteiorgan der P. P. S., schreibt: „Hierüber“:

Vor allem liegt in diesen Grenzen (vom Jahre 1772) der litauische Staat. Es wäre wünschenswert, wenn heute jemand dagegen aufstünde und national-litauisches Gebiet dem polnischen Staat einverleiben wollte. Außerdem besteht noch die Frage der polnischen und weißrussischen Gebiete in Litauen, sowie die äußerst schwierige ukrainische Frage. Wenn es sich speziell um ukrainisches Gebiet handelt, so kann die Grenze vom Jahre 1772 nicht als Grundlage für die Lösung der ukrainischen Frage im Geiste der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechts dienen. Die polnische Regierung muß, wenn sie in Verhandlungen mit Sowjetrußland eintreten will, mit konkreten Vorschlägen hinsichtlich Litauens, Weißrusslands und der Ukraine hervortreten. Die Grenze vom 1772 hilft hier wenig, hinsichtlich der Ukraine erachtet sie die Lösung der Frage noch. Deshalb muß die Regierung mit einem Plan kommen, der sowohl den allgemeinen Bedürfnissen Polens als auch der Randstaaten entspricht.

Vor allem sollte die Regierung diejenigen Faktoren anerkennen, die unsere Politik auf die Bahn des Imperialismus und der Eroberungslust drücken wollen. Die Grenzen von 1772 bedeuert die Abtrennung eines Teilgebietes von Rußland, eine sogenannte Desannexion, aber es kann auch eine gewöhnliche Annexion zugunsten Polens sein.

Im Interesse sowohl der polnischen Republik als auch der Völker in den litauisch-weißrussischen „Randstaaten“ liegt die Bildung eines unabhängigen litauisch-polnisch-weißrussischen Staatenbundes. Doch kann es ohne Litauens Einverständnis nicht dazu kommen. Was die Ukraine anbetrifft, so muß sich die Regierung dazu entschließen, die Frage einer unabhängigen Ukraine klarzustellen. Es ist nicht unsere Sache, die Grenzen dieses Landes zu bestimmen. Unsere Rolle muß hier eine vermittelnde sein...

Polen und die Ukraine.

Lemberg, 25. Februar. (Pat.)

Das ukrainische Blatt „Promyslova Dumka“ stellt Betrachtungen über die Gerüchte von dem bevorstehenden Friedensschluß zwischen Polen und Rußland an, spricht von der Unabhängigkeit der Ukraine und sagt, daß die Versuche derjenigen, die bisher für eine Verständigung mit Polen eingetreten seien, endlich Erfolg haben werden.

Die Entente und Rußland.

Wolfsburg, 25. Februar. (Pat.)

Die Friedenskonferenz in London hat beschlossen, die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland solange nicht aufzunehmen, bis die Verhältnisse dort nicht geregelt sein werden. Bis dahin sollen die Staaten, die in nächster Nachbarschaft mit Rußland sind, sich jeden Angriffes auf Rußland enthalten, doch dürfen sie sich wehren, falls sie von Rußland angegriffen werden.

Die Pariser Blätter besprechen die Beschlüsse des Obersten Rates über die Stellungnahme zu Rußland. Der „Petit Parisien“ teilt mit, daß die Verbündeten eine gemeinsame Deklaration ausgearbeitet hätten, in der das Verhältnis der Entente zu Rußland genau präzisiert ist. „Le Journal“ ist der Ansicht, daß sich die Verbündeten auf die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland beschränken, aber gleichzeitig die Geld- und Kriegsmateriallieferungen, die für die Gegner der Bolschewiken bestimmt sind, aufhalten und Polen und die baltischen Staaten auffordern werden, die Offensive gegen Rußland aufzuhalten, indem sie diesen Staaten die Garantie dafür bieten wollen, ihnen Hilfe zu leisten, falls sie angegriffen werden sollten. Der „Matin“ sagt hinzu, die Annäherung von Handelsbeziehungen mit Rußland wird von der Annahme einiger Bedingungen abhängen, die Rußland gestellt wurden, vor allem von der Anerkennung der Schulden durch die Sowjetregierung und Unterlassung jeglicher Propaganda in den Entente-Ländern.

Der französische Ministerpräsident Millerand erklärte Pressevertretern, daß unter den Verbündeten übereinstimmende Ansichten über die Lösung des russischen Problems herrschen.

Eine Londoner Meldung demontiert die vom „New-York Herald“ verbreitete Nachricht über den angeblichen Beschluß Englands, Italiens und Japans, die Sowjetregierung anzuerkennen. Die genannten Staaten haben einen derartigen Beschluß nicht gefaßt, insbesondere macht Japan Vorbehalte hinsichtlich der Konsequenzen, die aus der Annäherung von Handelsbeziehungen mit Kooperativen entstehen können, die von der bolschewistischen Regierung abhängig sind. Der „Temps“ bemerkt hierzu, daß die Desorganisation im russischen Transportwesen zu groß sei, um Handelsbeziehungen aufzunehmen zu können. Was Frankreich anbetrifft, so rät das Blatt, sich keiner Entscheidung in dieser Richtung anzuschließen.

Inzwischen ist in Moskau bereits eine russische Handelsmission unter der Führung von Kommissar eingetroffen, um mit den Vertretern Englands und Amerikas in Verhandlungen über die Annäherung von Handelsbeziehungen einzutreten.

Die Friedensverhandlungen zwischen England und Sowjetrußland.

„Morning Post“ führt aus, daß trotz aller Ablehnungen zwischen England und der Sowjetregierung über Friedensbedingungen in Kopenhagen verhandelt werde. Unterhändler seien Litwinow, Finkelstein einerseits und die Mission D'Orsay andererseits. „Morning Post“ fährt fort: Die größte Schwierigkeit bei den Verhandlungen sei gelöst, da die Bolschewisten das Versprechen der Demobilisierung des roten Heeres gegeben hätten unter der Bedingung, daß die Entente sich für die Unversehrtheit der Grenzen Sowjetrußlands verbürge. Dem Vernehmen nach habe Litwinow sich den Verhandlungen angeschlossen, während die französische Regierung sich zurückhalte. Am Schluß des Artikels merkt sich die „Morning Post“ gegen Lloyd George, der Frieden schließen wolle mit einem Regierungssystem, das die obere Klasse in Rußland vernichtet, die untere zu Sklaven gemacht habe und das die Vernichtung des britischen Reiches anstrebe.

Lenin erklärte in einer Besprechung einem Vertreter der „New-York World“, die Bolschewisten seien bereit, Frieden unter so billigen Bedingungen zu schließen, daß selbst die imperialistischen Kapitalisten nichts dagegen einwenden könnten. Lenin sagte noch, daß die Sowjetregierung nicht in Gefahr sei, durch

militärische Machtmittel unterworfen zu werden. Die Vorschläge der Alliierten über den Handel mit Rußland sehe er nicht als aufrichtig an. Er halte sie vielmehr für einen politischen Schachzug.

Wie „Algemeine Rotterdamse Courant“ aus London meldet, ist dem Premierminister ein Gesuch zugesandt worden, welches von General Gough, dem ehemaligen Leiter der britischen Mission in Nordwestrußland, und anderen Persönlichkeiten unterzeichnet ist, die während der letzten beiden Jahre in amtlichen Stellen in Rußland tätig waren. In diesem Schreiben wird gebeten, die Sowjetregierung anzuerkennen. Die Gefahr der bolschewistischen Propaganda werde nicht größer sein als die Gefahr, die aus einer Fortdauer des jetzigen Zustandes erwachsen würde. Wenn kein russisches Gezeire verfügbar werde, so würden östlich vom Rhein Hunger und Chaos die Herrschaft antreten, und dies dürfte der beste Nährboden zur Verbreitung des Bolschewismus sein. „Daily Chronicle“ unterstügt das Gesuch des Generals Gough an den Premierminister. Einem Frieden mit Rußland stimmt das Blatt zu, wenn folgende Bedingungen vereinbart würden: Sicherheit für verschiedene große Interessen Englands in Asien, Maßregeln zur Bezahlung von Rußlands Schulden und angemessene Vereinbarungen über den Handel. „Daily Express“ schreibt: Wir haben jetzt die Wahl, weiterhin mit dem Kopf gegen eine Mauer zu rennen oder dem gesunden Menschenverstand zu erlauben, ein Vorurteil zu belegen.

Tschechisch-bolschewistischer

Waffenstillstand.

Wolfsburg, 25. Februar. (Pat.)

Aus Schanghai wird gemeldet, daß die tschechischen Abteilungen in der Nähe von Katsch (Sibirien) am 20. Januar mit den Bolschewiken einen Waffenstillstand geschlossen haben.

Die Bolschewiken in Murman.

London, 25. Februar. (Pat.)

In Ward in Norwegen sind englische und belgische Offiziere eingetroffen, welche berichten, daß die Bolschewiken Murman besetzt haben.

Wilsons Vorgehen

in der Adriafrage.

Das „Journal“ und die „Tribune“ machen Mitteilungen aus dem Wortlaut der angeblich schon vorliegenden Antwort Wilsons an die Alliierten in der Adriafrage. Danach widerstehe sich Wilson nach wie vor der Anwendung des Londoner Vertrages von 1915, lasse jedoch eine Tür zur Verständigung offen. Wilson könne nicht zugeben, daß der Gebietsstreifen von Dalmatien unter die italienische Kontrolle falle. Ein Londoner Korrespondent der Pariser „Tribune“ will sich überzeugt haben, daß maßgebende italienische Kreise in London sich darüber keine Illusionen mehr machen, daß Wilson den Schlüssel für die Adria besitze. Wilson habe die Adriafrage und den Bolschewismus in seiner hohlen Hand, und man dürfe nicht vergessen, daß Europa zu sehr auf Amerika angewiesen sei, um an dieser Zeitfrage vorbeizugehen. Der Wortlaut der Antwort Millerands und Lloyd Georges an Präsident Wilson ist jetzt in Washington veröffentlicht worden, und zwar auf Grund eines Kabeltelegrammes aus Buenos Aires. Der römische Korrespondent eines argentinischen Blattes hatte sich diesen Wortlaut in Rom verschafft und seinem Blatt telegraphisch. Der Wortlaut stimmt im allgemeinen mit den bisherigen Angaben überein. Nur ist nur, daß Lloyd George und Millerand den Präsidenten Wilson darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Drohung, vom Versailler Vertrag und von der Militärkonvention zurückzutreten, sie verlegen müsse.

Nach dem Kommentar der „New York World“ sei die ganze jüdische Lage durch die Nachrichten der italienischen Imperialisten herbeigeführt worden. Wenn man von Wilson verlange, den Alliierten in London zuzustimmen, so verlange man von ihm, daß er einen neuen europäischen Krieg unterschreibe. Die Bestimmungen im Friedensvertrag mit Deutschland, deren Durchföhrung man jetzt als unmöglich anerkennt, sind gerade diejenigen, denen

sich Wilson widersetze. Um den künftigen Frieden in Europa zu sichern, sei ohne jeden Zeitverlust, zu den Grundsätzen Wilsons zurückzukehren.

Dem „Popolo d'Italia“ wird aus Rom berichtet, daß am Sonnabend ein Londoner Telegramm veröffentlicht wurde, durch das eine gewisse Unruhe entstanden sei. Das Blatt sagt unter anderem, daß Frankreich und England sich dem Standpunkt Wilsons anschlossen und daß infolgedessen weder der Vertrag von London noch das Kompromiß zur Anwendung gelangen würden. Trotz einer offiziellen Ablehnung herrsche eine pessimistische Stimmung. Der „Corriere della Sera“ verzeichnet das Gerücht, daß in oppositionellen Kreisen der Kammer Gerüchte umlaufen, wonach Mitti keine Veranlassung habe, weiter in London zu verhandeln, da er nicht mehr hoffen könne, auf der Konferenz eine Italien günstige Lösung der Adriafrage zu erreichen. Diese Gerüchte spielen auch auf die Möglichkeit der Demission Mittis an.

Eine neue Friedenskonferenz?

Paris, 25. Februar.

Der Washingtoner Korrespondent des „Echo de Paris“ meldet, in amerikanischen politischen Kreisen halte man eine neue Friedenskonferenz für notwendig, um die Adriafrage sowie die anderen strittigen Fragen zu regeln und jene Teile des Friedensvertrages mit Deutschland, die sich auf wirtschaftliche Angelegenheiten beziehen, einer Revision zu unterziehen.

Sejm.

(Sitzung vom 24. Februar.)

Anf der Tagesordnung steht zunächst der Etat des Ministeriums für öffentliche Gesundheit. Der Berichterstatter, Abg. Motermund, weist darauf hin, daß die Ausgaben des Ministeriums seine Einnahmen bedeutend übersteigen. Die Ausgaben werden oft fehlerhaft eingetragen, indem nicht die Rubrik des entsprechenden Ministeriums belastet werde. Zum Schluß bringt der Redner einige Resolutionen ein, in denen die Regierung u. a. aufgefordert wird, die Ausgaben zum Kampf mit dem Alkoholismus zu berücksichtigen.

Abg. Stanislawski lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Lage der an Tuberkulose kranken Lehrer und bringt eine Resolution ein, in der die Regierung aufgefordert wird, in dieser Richtung helfend einzugreifen.

Die Resolutionen der beiden Redner werden von der Kammer angenommen und die Kammer schreitet sodann zur Besprechung des Antrags des Abg. de Roset über die Umgestaltung des Ministeriums für öffentliche Gesundheitswesen in ein Departement des Innenministeriums.

Abg. Motermund als Referent erklärt, daß die Kommission für die Beibehaltung des Ministeriums für öffentliche Gesundheit als besonderes Ressort sei. Danach bespricht er die Resolution, in der das Ministerium aufgefordert wird, ein Arbeitsprogramm und besonders ein Programm über den Kampf mit der Epidemie aufzustellen. Es sei festgestellt, daß in Polen wöchentlich 25000 Personen an Typhus erkrankten. In den letzten drei Monaten starben an Typhus 100 Ärzte. Da wir in Polen nur 2000 Ärzte besitzen, so ergleibt es sich, daß im Laufe dreier Monate mehr Ärzte gestorben sind, als unsere medizinischen Fakultäten sie im Laufe eines Jahres liefern können. Redner fordert zum Schluß den Sejm auf, sich für den Schutz gegen die Ausbreitung in energischer Weise zu interessieren, damit es nicht notwendig werde, den Westen um Hilfe zu bitten.

Nach den Reden einiger anderer Abgeordneter wird auf Antrag des Abg. Buzel die Angelegenheit der Administrationskommission überwiesen.

Darauf wird über die Angelegenheit der Feldschere debattiert. Abg. Szymbillo bespricht die im früheren russischen Teilgebiet herrschenden Verhältnisse und das Chaos, das durch die russische und sodann bolschewistische Gefangenschaft entstanden ist. Redner ist für die vollständige Beibehaltung des russischen Gesetzes vom Jahre

1876. Er bittet das Gesundheitsministerium, für die Vertiefung der Kenntnisse der Felscher Sorge zu tragen, bis diese durch neu ausgebildete Ärzte Kräfte ersetzt werden können.

Der Minister für öffentlichen Gesundheitswesen, Dr. Chodzko erklärt, das Ministerium stehe auf dem Standpunkte, daß diese Angelegenheit geregelt werden müsse. Das Ministerium habe deshalb bereits ein Gesetzesprojekt über die Felscherei vorbereitet und ein Statut für eine Krankenfürsorge-Gesellschaft, deren Aufgabe es sein wird, Schulen mit 2-jährigem Kursus oder Kurse mit 3-jähriger Dauer zu gründen, nach dem Beispiel des Auslandes.

Nach einigen weiteren Reden wird die Angelegenheit der Kommission überwiesen.

Bei der Besprechung des Dringlichkeitsantrages des Abg. Witos entsteht in der Kammer große Unruhe. Der Antrag handelt von der Untersuchung der Frauen durch die Militärkommissionen im Falle von Demonstrationen des Leiters der Wirtschaft oder Familienernährers. Abg. Witos erklärt, daß die Untersuchungen in Gegenwart von Kommissaren und oftmals auch ganz unbeteiligten Personen stattfinden. Die Militärpersonen zwingen die Frauen, sich in Gegenwart der dort befindlichen Personen vollständig zu entkleiden, wobei sie dem Spott der Anwesenden ausgesetzt werden. Auf diese Weise werde das Schamgefühl und die Ehre der Mütter, Frauen und Schwestern der Rekruten verletzt. Unter andauerndem Lärm und unbeschreiblicher Entrüstung der ganzen Kammer bittet der Redner um Annahme der Dringlichkeit des Antrages.

Nach einer Erklärung des Kriegsministers, die mehrmals durch Lärm und Rennerufen der Entlassung unterbrochen wird, wird die Dringlichkeit des Antrages angenommen und der Antrag der Kommission für Heeresangelegenheiten überwiesen.

Totales

Bodz, den 26. Februar

Der Dank des Staatsherrn an die Stadt Bodz. Der Chef der Zivilkammer des Staatsherrn sandte an den Präsidenten der Stadt Bodz nachfolgendes Schreiben:

An Herrn Aljaj Kowalski, Präsident der Stadt Bodz.

Der Chef des Staates vereint sich mit den patriotischen Gefühlen der Bevölkerung der Stadt Bodz, die diese im geschichtlichen Augenblick der Wiedererlangung der von den Deutschen eroberten Gebiete Polens durch die polnische Republik befreit haben und beauftragte mich, dem Herrn Präsidenten für das Telegramm vom 10. Februar d. J. und die zum Ausdruck gebrachten Gefühle heißer Vaterlandsliebe aufrichtig zu danken.

Wilschitz-Spende. Die Preßkommission des Komitees für das Nationalgeheimnis für Josef Wilschitz bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

„Das Komitee für das Nationalgeheimnis für Josef Wilschitz hat vor einiger Zeit Spenden sammeltlisten ausgesandt. Der Wunsch zur Eröffnung des ersten Bürgers in Polen hat großes Interesse in der Stadt hervorgerufen. Die größere Anzahl der Listen befindet sich noch im Umlauf, nur ein kleiner Teil wurde dem Komitee bisher zurückgesandt. Bis zum 1. Februar sind in die Liste des Komitees eingeschlossen: von der Stadtverordnetenversammlung in Bodz 10 000, dem Bodzer Kreislandmannsverband 5 000, dem Gutsbezugsverband 4 072, Kronen 26, 15, den Polizeikommissariaten 12 879, 15, dem Verband der Straßenbahnangehörigen 4 106, der Alt. Gef. der Busfahrer 5 000, den allgemeinen städtischen Schulen 3 619, 21, Kronen 2,90, 4,40, 9,30, der Schulabteilung beim Magistrat 4 438, 93, Kronen 1,40, 29, dem Komitee für Arbeitslose 256, der 1. Kompanie des Wachdienst-Bataillons 4 450, der israelitischen Gemeinde 33 000 von Privatpersonen 5 309, 30, Kronen 49, von Unbekannten 106. Zusammen Mark 54 840, 64, Kronen 79, 30, 47 69, 30. Für die abgelaufene Zeit des Monats Februar besitzt die Kasse noch keine Abrechnung. Erwünscht ist die baldige Aufgabe des Ergebnisses, so es ohne Schaden der Sammlung geschehen kann. Das Komitee glaubt, zu einer besonderen Anerkennung zur Spendenleistung nicht genötigt zu sein und hofft, daß der Name jeden Bürgers von Bodz sowie so in den Spenden sammeltlisten stehen wird. Angesichts der großen Einsparung von Bodz und der sich daraus ergebenden Möglichkeit zur Vergrößerung der Sammelbarkeit wendet sich das Komitee an die Öffentlichkeit mit dem Wunsch, Güt. Bürger, Guts. Großen zu spenden und Guts. Namen in die Listen einzutragen.“

Die erste Bodzer Wörsterverammlung findet am Dienstag, den 2. März, um 4 1/2 Uhr nachmittags im Simejnschen Hause statt. Von diesem Tage ab werden sie täglich stattfinden, und zwar in einem besonders eingerichteten Saale des 1. Stockwerks.

Das zukünftige Wörstergesetz. Nach zweitägiger Konferenz in Warschau kehrte gestern der Vorsitzende des Bodzer Wörsterrates, Herr Josef Konic, der zur Teilnahme an der Ausarbeitung des Wörstergesetzes nach der Hauptstadt abgeleitet war, nach Bodz zurück. Das Finanzministerium steht auf dem Standpunkt, daß alle,

die sich mit dem Kauf und Verkauf der zum Wörsthandel zugelassenen Wertpapiere befassen, unbedingt zum Wörstverein gehören müssen. Das Ministerium für Handel und Industrie sowie Dr. Konic waren gegen diesen Standpunkt. Sie waren der Meinung, daß nur laientere Elemente Mitglieder des Wörstvereins sein dürfen. Gegen die Einführung von Wörstkommissaren sprach sich allein Dr. Konic aus. Der Gesetzentwurf ist noch nicht endgültig ausgearbeitet und wird noch im Sejm zur Sprache kommen.

5 Millionen für Bodz. Am Dienstag wurde die letzte 5 Millionen-Rate der im Dezember v. J. von der Regierung bewilligten Unterfahrgangssumme von 20 000 000 Mark in die Stadtkasse eingezahlt.

Neue Banknoten sind in Verkehr gesetzt worden, und zwar 500 Markscheine der Polnischen Landesbanknote mit dem Bildnis der Königin Hedwig in hellgrüner Farbe und 5 Markscheine mit dem Bildnis Kosciuskos. Ein Zug der Transporthilfe, der am Donnerstag unter englischer Flagge und unter militärischer Bedeckung von Wien abfuhr, bringt fünf Waggons mit zwei Millionen polnischen Banknoten, die in der Stadtdruckerei Wien gedruckt wurden, nach Polen. Vorher sind bereits mehrere Transporte polnischer Banknoten abgegangen, teils durch die Transporthilfe, teils durch die Transportgesellschaft Bawel, teils mit dem Militärschiff Polonia.

Konfiszierung einer Zeitungssammlung. Auf Verfügung der Presseabteilung wurde gestern die Nr. 16 des „Lodzianin“ (sozialistisch) konfisziert, und zwar wegen Veröffentlichung eines Artikels unter dem Titel „Wieder mit dem Reitenhandel“, in dem eine Beleidigung der Staatsbehörde enthalten war.

Polenwechsel. Die Kammer des Bodzer Stadtschulrates ist von der Magistrate 72 nach der Kammer, Peiskauer-Str. 100, Zimmer 24, verlegt worden.

Bodz's vorbildliche Gartenanlagen. Der Direktor der städtischen Gartenanlagen, Herr Götze, hielt gestern in Warschau einen Vortrag ab über die Bodzer Gartenanlagen und den Stand des Gartenbaus in unserer Stadt. Unter den mehreren hundert Zuhörern befanden sich Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten und der Regierung. Der Verband der Warschauer Gärtner beauftragte Direktor Götze, für die Arbeiten zur Entwicklung des polnischen Gartenbaus ein Verdienstdiplom auszustellen und dem Magistrat für die Unterhaltung und Ausführung weitgehender Gartenbaupläne Anerkennung auszusprechen.

Die ankommenden Krankheiten im Jahre. In der Zeit vom 8. bis 14. Februar 1920 wurden im Bodzer Kreise nachfolgende Fälle ankommender Krankheiten verzeichnet: Maschtyphus 1, Nukleolose 1, Diphtherie 1, Masern 8 (Alexandrow), dabet 2 Todesfälle; Keuchhusten 1 Todesfall, tödliche Schwindschüßfälle 2, spanische Grippe 38, darunter 15 Todesfälle (fast 40 Prozent).

Essentielle Arbeiten. In Verbindung mit den städtischen öffentlichen Arbeiten hat die Bauabteilung des Magistrats beschlossen, den Leiter der Vermessungsabteilung, Ingenieur Walski, zu beauftragen, die Präzisions-Nivellierung zu berechnen.

Sam Direktor der Handelsschule in Bodz soll anstelle des verstorbenen Herrn Adamowicz der Nationalforscher, Reisende und Forscher Dybowski, der bisherige Chef des Unterrichtsministeriums, ernannt werden.

Der Kohlenmangel macht sich wieder empfindlich bemerkbar. Die Bevölkerung, die die Kohlenkarten längst besitzt, kann sie nicht einlösen, weil die städtischen Kohlenplätze leer sind. Der Magistrat, Verpflegungsabteilung, hat gestern einen neuen telephonischen Notruf nach Warschau an das Verpflegungsministerium gerichtet und um neue Kohlenlieferungen gebeten. Infolge des Kohlenmangels haben mehrere Betriebe, die unmittelbar vom dem Verpflegungsministerium mit Kohlen versorgt werden, schließen müssen, so u. a. die Badanstalt in der Jaschobnistrasse.

Einführung der alten Kartofelquittungen. Der Magistrat gibt bekannt, daß die 5-figer der alten Kartofelquittungen diese bis spätestens 28. Februar in der städtischen Verpflegungsabteilung, Sredniastrasse 16, Schalter 9, zwecks Begleichung vorzulegen haben. Nach dieser Zeit verlieren die Quittungen ihre Gültigkeit.

Verkräfteter Verhaftungsbericht. Das Bezirksgericht unter Vorsitz des Richters A. Kempner verhandelte gegen die 28-jährige Sala Wipka, die der Verhaftung eines Beamten angeklagt war. Anfang März 1919 nahm der Kriminalbeamte Wacław Kobakowski mit dem Postbeamten Piotr Gärner im Geschäft für elektrische Artikel eines Wipka in der Bgierstrasse 5 eine Verhaftung nach aus den Verhältnissen des Post- und Telegraphenamtes gestohlenem Material vor. Hierbei wurden auch einige gestohlene Sachen vorgefunden. Die Frau des Wipka wollte hierbei die Beamten mit 300 M. bestechen, damit sie die Sachen vertuschen. Vor Gericht sagte die Angeklagte aus, daß sie für den Nationalfonds 200 Mark opfern wollte. Der Kriminalbeamte bestätigte dies, wobei er jedoch hinzufügte, daß die Angeklagte, als das Geld nicht genommen wurde, erwiderte: „So sei es für Euch“. Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht, wobei er ausführte, daß hier in jedem Falle ein Verstoß der Verhaftung vorliege. Der Verteidiger, Rechts-

anwalt Wipka, bat um Freispruch seiner Klientin. Das Gericht verurteilte Frau Wipka zu einer Geldstrafe von 5000 M. oder 8 Monaten Haft.

An der geführten Stadterordnetenversammlung führte Präses A. Nemijski den Vorsitz. Es wurden die Verhandlungen über das Stadtbudget eingelesen und verschiedene Anträge geprüft und größtenteils abgelehnt. So z. B. der Antrag der jüdischen Fraktion, die verlangte, daß die jüdische Sprache in Schulen gelten und auch vor Gericht gebraucht werden soll. Auch sollen Gesetze in jüdischer Sprache abgegeben werden dürfen. Dieser Antrag wurde von der Versammlung einstimmig abgelehnt. Nähere Einzelheiten über den Verlauf der Sitzung bringen wir morgen.

Zweck Vereinfachung der Gepäcksrevision in Skalmierz ist die Einrichtung getroffen worden, daß das bei der Gepäcksrevision aufzuführende Gepäcks vor der Aufstellung in Posen in einem besonderen Raum der Gepäcksabfertigung von den hierzu beauftragten Organen der zuständigen staatlichen Stellen untersucht werden wird. Es wird sich empfehlen, in jedem Falle von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen und deshalb längere Zeit vor Abgang des Zuges die aufzuführenden Gepäcksstücke zur Revision herbeizuführen. Auf diese Weise werden die mit der bisherigen Revision des aufgegebenen Gepäcks in Skalmierz für die Reisenden verbundenen Unbequemlichkeiten vermieden.

Es ist ferner angeordnet worden, daß fortan nur kleinere Gepäcksstücke als Handgepäck in die Personenzüge mitgenommen werden dürfen, um auch die Revision dieses Gepäcks in Skalmierz zu vereinfachen. Die Eisenbahnbeamten und die Gepäcksräuber sind angewiesen, streng darauf zu halten, daß nur so viel Gepäcks in die Personenzüge mitgenommen werden darf, als im Gepäcksraum über dem Sitzplatz des Reisenden entsprechenden Teil des Gepäcks bequem untergebracht werden kann. Reisende, die umfangreiches Handgepäck mitnehmen, werden schon an der Sperre am Bestehen des Bahnsteigs gehindert werden. Zu diesem Zwecke werden die Bahnsteigschaffner durch Sicherheitsbeamte in der Ausübung ihrer Dienstpflicht unterstützt werden. Wer sich also vor Entlassungen bewahren will, nehme nur kleine Gepäcksstücke mit in den Personenzug.

Widerrechtliche Wareneinfuhr durch Bodzer Kaufleute nach Posen. Die Kaufleute Cohn und Klat in Bodz besaßen Posen Blätter zufolge, einen Einfuhrschein auf ein gewisses Quantum Manufakturwaren. Sie benutzten aber denselben Schein zur wiederholten Einfuhr von Waren im Gesamtwert von 60 000 M., die sie an die Firma S. Rothstein abließen.

Das Telegraphenamt wird heute nach dem Postgebäude in der Prejagistrasse 38 verlegt.

Achtzehn Millionen Rubel geraubt. Vor einiger Zeit haben wir über einen Raubmord berichtet, der in der Nähe der Front an einer nach Polen heimkehrenden Mannesgruppe verübt worden war. Zur Untersuchung des Falles wurde ein Mitglied des Vereins „Schwara labijska“ mit einer gemischten Kommission des Kriegs- und Innenministeriums nach Worissow entsandt, die kürzlich nach Warschau zurückkehrte. Der „Schwara“ zufolge wurde festgestellt, daß in der Nähe des Grenzfordons folgende Personen ermordet wurden: die Warschauer Einwohner: D. Rappaport, 34 Jahre alt und dessen Frau, zwei Schwestern Stein, 18 und 13-jährig, sowie S. Hennigstein, 32 Jahre alt; der Dentist Leon Slatka, 42 Jahre alt, aus Bodz und dessen aus Worissow stammende Frau, der 18-jährige Student W. Gordon und S. Majo aus Moskau. Die Leichen der Frauen Rappaport, Slatka und der zwei Schwestern Stein konnten nicht gefunden werden. Es sind Spuren vorhanden, daß die Mörder sie in den bei dem 56 Werst entfernten Dorfe Uza fließenden Fluß geworfen haben. Bei diesem Dorfe wurden in einem gemeinsamen Grab, namentlich des Schulenhofes, die Leichen von vier Soldaten in ihren Kleidern gefunden. Mit Genehmigung der Kommission wurden die Leichen, mit Ausnahme die des Rappaports, die nach Warschau gebracht wurde, nach Worissow geschickt und dort beerdigt. Den Ermordeten wurden 18 Millionen Rubel geraubt, die sie aus Rußland mit sich führten. Die Untersuchungskommission wollte 8 Tage am Tatort. In einem Hause in Uza wurde ein Teil der geraubten Sachen gefunden.

Kulturbühne. Der Gemeinderat von Galinaw, Kreis Brzezyn, hat beschlossen, durch Vermittlung des Kreistages die Entfernung der jüdischen Offiziere aus dem Heere zu verlangen.

Von der Beamtenkooperative. Man schreibt uns: Die geschätzte deutsche Lehrerschaft wird ersucht, die Karten für Monat Februar in Empfang zu nehmen. Die Aufgabe von Lebensmitteln wird in Zukunft nicht mehr in einer Wohnung stattfinden, sondern in der Schule, Bonita 44, und zwar zweimal wöchentlich: am Montag und Mittwoch von 12—1 Uhr.

Verantwortung des Alphabetentums. Der Magistrat von Bodz sandte an alle Lagerverwalter der Verpflegungsabteilung ein Rundschreiben, in dem mitgeteilt wird, daß alle städtischen Arbeiter Alphabeten verpflichtet sind, bis

August 1920 lesen und schreiben zu lernen; nach dieser Zeit werden alle des Lesens und Schreibens unfähigen Arbeiter entlassen werden.

Eine politische Partei braucht nicht legalisiert zu werden. Da Fälle zu verzeichnen sind, in denen dem Innenministerium unterstellende Behörden von politischen Parteien oder ihren Komitees auf Grund der Bestimmungen des zeitweiligen Vereinsgesetzes vom 3. Januar 1919 die Legalisierung gefordert haben, sandte das Ministerium an alle Wojewodschaften und Starosten in diese Frage klärendes Rundschreiben. Danach sind auf politische Verbände, die eine besondere Organisation bilden, die Vorschriften über Vereine und Verbände nicht anzuwenden, jedoch sie schon in anbezug der in den westeuropäischen Ländern geübten Praxis der zugehörigen Legalisierung nicht unterliegen. Sobald über die Tendenz eines Verbandes Zweifel entstehen, muß die Entscheidung des Ministeriums eingeholt werden.

An die auswärtigen Bezirker der „Lodzer Freien Presse“.

Infolge der hohen Papierpreise, Löhne und sonstigen Ausgaben, die mit der Herausgabe der Zeitung verbunden sind, können wir uns nicht mehr dazu verstehen, auf die Entziehung des Bezugspreises zu warten. Wird dieser Betrag bis zum 1. des Monats nicht eingezahlt, so sehen wir uns genötigt, die Zusendung der Zeitung einzustellen.

Die Wohnbewegung in Bodz. Die jüdischen Sticker haben höheren Lohn verlangt. Morgen findet in dieser Frage eine gemeinsame Beratung der Arbeitgeber mit den Arbeitern beim Arbeitsinspektor statt. — Da die Wahlen beider zu der gemeinsamen Sitzung mit den Märgenbesitzern bezüglich der Wohnforderungen der letzten nicht erschienen sind, drohen die Häusergefallen mit dem Ausstand.

Verhaftung eines Betrügers. Am 12. Kommissariat wurde ein gewisser Jozef Gerschkowski (Jazewski, 9) verhaftet, der bei der Umverteilung von Geld auf dem Gerschkowski einen Kaufmann betrogen hatte. Bei seiner Durchsicherung wurde bei ihm eine Sammelliste Nr. 305 der kommunistischen Arbeiterpartei Polens vorgefunden.

Eine geheime Brautweinbrennerei wurde in der Alexanderstrasse 13 geschlossen. Sie gehörte einem gewissen Jankel Rod.

Leichenfund. Im Walde zu Chojna wurde die mit Knochentrakt bedeckte Leiche einer baltischen Frau in schwarzem zersetzten Kleide aufgefunden.

Diebstähle. Aus der Wohnung der Chana Ankefin, Straße des 1. Mai 7, wurden Kleider für 20 000 M. gestohlen; aus dem Brunnen des Schlama Piatas, Panfaskstrasse 44, entwendeten unbekannte Diebe einen Motor für 10 000 M.; aus der Wohnung des Woschet Blicher, Bolodnowastrasse 32, wurden Sachen für 15 000 M. gestohlen.

Von der Straßenbahn überfahren wurde an der Ecke der Emilien- und Alimistrasse der Soldat der 2. Reserve Autokolonie in der Dgrodnowastrasse 17 Josef Gygay, 18 Jahre alt. Er erlitt eine Beinverletzung.

Theater und Konzerte.

Die „Freie Bühne“.

Ein beachtenswerter Vorschlag zu ihrer Förderung.

Uns wird geschrieben: Wie wir bekannt ist, hat die „Freie Bühne“, das einzige deutsche Theater am Plage, mit geldlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese Schwierigkeiten sollen derartiger sein, daß sie das Fortbestehen dieser Stätte der dramatischen Kunst in Bodz in Frage stellen. Auf Veranlassung des künstlerischen Leiters der „Freien Bühne“, Herrn Heinrich Zimmermann, hat sich, um das Unternehmen zu unterstützen, ein Kreis von Förderern gebildet, denen am Fortbestehen des deutschen Theaters in Bodz gelegen ist und die sich freiwillig erboten haben, monatlich 5 Mark zugunsten der „Freien Bühne“ beizutragen. Da, wie ich neuerdings erfahren habe, die „Freie Bühne“ ihre erste Spielzeit mit einem größeren Fehlbetrag abschließen dürfte, wäre es wünschenswert, wenn der Leiter eine allg. meine Versammlung der Förderer einberufen und über den näheren Stand der „Freien Bühne“ Bericht erstatten würde. Eine solche Zusammenkunft könnte leicht zum Zusammenschluß aller um die Zukunft des deutschen Theaters in Bodz besorgten Personen führen. Ein regelrechter deutscher Theaterverein, mit einer aus seiner Mitte hervorgehenden Verwaltung könnte sich um das Wohl der deutschen Bühne in Bodz in ganz anderer Weise bemühen, als der in seiner Form nur unbestimmte Förderer-Kreis, der zu einem Verein zusammen geschlossen, gewiß noch zu größeren Opfern für die gute Sache bereit sein würde.

In dem ich diese meine Anregung zur öffentlichen Kenntnis bringe, hoffe ich, daß sie bei einem großen Kreise der Förderer und Freunde des deutschen Theaters Beachtung und Berücksichtigung finden wird.

